

Landtag/Verkehr/Bahn/Stuttgart 21/
(Zusammenfassung 1600)
Zoff um Stuttgart-21-Einsatz - Grüne zweifeln an Justiz

Die Grünen wollen im Wahlkampf nochmal Honig aus dem Konflikt um Stuttgart 21 saugen. Sie fordern die Abberufung des Staatsanwalts, der sich um den harten Polizeieinsatz vom 30. September kümmert. Die CDU wettert gegen die «auf Krawall gebürstete Protestpartei».

Stuttgart (dpa/lsw) - Die Grünen-Fraktion sieht die Unabhängigkeit der Justiz im Streit um den harten Polizeieinsatz am 30. September gegen Stuttgart-21-Gegner in Gefahr. Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler habe weit vor Ende der Ermittlungen durch öffentliche Äußerungen zu erkennen gegeben, dass er befangen ist, sagte der Grünen-Obmann im Untersuchungsausschuss des Landtags, Hans-Ulrich Sckerl, am Mittwoch in Stuttgart. «Der zuständige Staatsanwalt erteilte Persilscheine ohne festgestellte Ermittlungsergebnisse und abgeschlossene Verfahren. Er ist offensichtlich befangen.» Häußler müsse von den Ermittlungen abgezogen werden.

Dem haben Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger und das Justizministerium aber eine Absage erteilt. In der Antwort auf eine Landtagsanfrage der Grünen teilt das Justizministerium mit, dass Pflieger keine Anhaltspunkte dafür gesehen habe, dass die Ermittlungen nicht objektiv seien. «Zur Beauftragung einer anderen Staatsanwaltschaft besteht kein Grund», wird der Generalstaatsanwalt zitiert. Das Ministerium von Ressortchef Ulrich Goll (FDP) sieht keinen Grund, diese Entscheidung mit einer Weisung zu korrigieren.

Die Grünen werfen Häußler vor, sich in einem Interview mit den «Stuttgarter Nachrichten» vom 11. Dezember voreilig über den Einsatz geäußert zu haben. Der Oberstaatsanwalt hatte dem Blatt gesagt: «Vorläufig kann ich sagen, dass es keine Anhaltspunkte gibt, dass der Einsatz insgesamt offensichtlich unrechtmäßig war.» Die Grünen halten dem Juristen zudem vor, er habe Vorwürfe, es seien Menschen mit Wasserwerfern vor den Bäumen getrieben worden, bereits für erledigt erklärt.

Darüber hinaus habe sich Häußler am 30. September von 10.00 Uhr morgens bis tief in die Nacht ausschließlich bei der Einsatzleitung und beim Führungsstab des Polizeipräsidiums aufgehalten. «Er ist erkennbar nicht in der Lage, objektive Ermittlungen zu führen», kritisierte Sckerl.

CDU und FDP warfen den Grünen ein Wahlkampfmanöver vor. CDU-Generalsekretär Thomas Strobl sagte, die Grünen entwickelten sich zu einer «auf Krawall gebürsteten Protestpartei, die sich für nichts zu schade ist». Der CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss, Ulrich Müller, nannte die Forderung der Grünen «absurd».

Ein Sprecher Golls erklärte: «Die Grünen sind ansonsten immer die ersten, die angebliche externe Einflussnahmen auf Ermittlungsverfahren anprangern. Wenn sie jetzt die Ablösung eines

Staatsanwalts fordern, obwohl die Generalstaatsanwaltschaft den Vorgang schon geprüft und keinen Anlass zum Eingreifen gesehen hat, dann ist das letztlich die Forderung nach politischer Einflussnahme auf die Arbeit einer Staatsanwaltschaft. Eine solche Einflussnahme kommt für uns nicht in Frage.»

Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) hat indes in einem Interview erklärt, dass er wegen der Erblindung des vom Wasserwerfer getroffenen Stuttgart-21-Gegners Dietrich Wagner «keinerlei Schuldgefühle» hat. «Natürlich tut mir der Mann leid. Allerdings wurde er von Polizisten mehrmals von dem Ort weg geführt. Er wurde darauf hingewiesen, dass es gefährlich sein kann, er ist aber immer wieder zurückgekehrt», sagte Mappus der Wochenzeitung «Die Zeit» (Donnerstag).

Wagner hat bestritten, eine Mitverantwortung für seine Verletzung zu tragen. Das Foto des aus den Augen blutenden Rentners war nach dem massiven Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner im Schlossgarten am 30. September 2010 um die Welt gegangen. Die Polizei hatte bei dem Einsatz Wasserwerfer und Pfefferspray eingesetzt, um die Menge zurückzudrängen. Am Ende wurden weit mehr als hundert verletzte Demonstranten registriert. Auf der anderen Seite gab es 34 verletzte Polizisten. Die Demonstranten wollten Baumfällarbeiten für weitere Baumaßnahmen für den umstrittenen Tiefbahnhof verhindern.